



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

18. Mai 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

diese Sitzungswoche des Bundestages wird wieder von der Krise um den Euro bestimmt. Am Mittwoch wird der Bundestag bereits morgens um 08.30 beginnen – mit einer Regierungserklärung zu der Notwendigkeit der Stützungsmaßnahmen für den Euro. Es ist ja richtig: In der gegenwärtigen Schuldenkrise und angesichts aggressiver Spekulationsattacken gegen den Euro ist entschlossenes politisches Handeln geboten, das Vertrauen und Sicherheit wieder herstellt. Es geht heute nicht mehr nur um das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte, es geht um das Vertrauen in den Staat selbst.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion die Erklärung der Finanzminister im Rat der Europäischen Union (ECOFIN) vom 10. Mai 2010 begrüßt. Die EU will weitere Maßnahmen ergreifen, um die finanzielle Stabilität in Europa zu sichern. Rat und Kommission haben sich verständigt, nachdrücklich zusätzliche und signifikante Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 2010 und 2011 anzustreben und - beginnend mit Maßnahmen für Spanien und Portugal - dem ECOFIN heute vorzustellen. Dabei geht es nicht nur um nachhaltige finanzielle Stabilität, sondern auch um Unterstützung zusätzlichen Wirtschaftswachstums.

Termine*Termine*Termine*Termine

Benefizkonzert für Südafrika

Reggae, Sommerparty und Afrika-Feeling – der Countdown für die Fußball-WM in Südafrika läuft!

Der Verein Masifunde stimmt uns ein auf die erste WM in Afrika mit Cashma Hoody und Concrete Jungle. Die beiden Reggae-Stars werden der Centralstation Darmstadt am 3. Juni ab 20 Uhr ordentlich einheizen – und das zu Gunsten der Bildungsprogramme von Masifunde in Südafrika.

Der Eintritt kostet 9 Euro im Vorverkauf und 12 Euro an der Abendkasse. Karten gibt's unter www.centralstation-darmstadt.de.



Darmstadt in Berlin:

**BKK Merck präsentiert
sich in Berlin beim Symposium
der Betriebskrankenkassen**

Bei Merck kann man bei der Arbeit abnehmen: „Gemeinsam leichter“ heißt die Initiative einer der ältesten Krankenkassen in Deutschland zur Gewichtsreduzierung am Arbeitsplatz. Ziel ist es, mit den Mitarbeitern der Firma Merck das Problem Übergewicht offensiv und gemeinsam anzugehen. 2008 starteten 396 Mitarbeiter von denen 80 % einen BMI von 30 hatten. Nach einem Jahr lag er bei 25 - ein toller Erfolg!

Ich finde es gut und richtig, dass ein "Europäischer Stabilisierungs-Mechanismus" eingeführt werden soll. Zahlreiche Einzelheiten der Vorschläge sind jedoch noch nicht bekannt, viele Fragen unbeantwortet. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, ohne weitere Verzögerungen die europäischen Vorschläge, insbesondere auch deren Umsetzung in Deutschland, zu präzisieren. Rückhaltlose Offenheit ist nötig, damit verlorenes Vertrauen wiederkehren kann.

Es bleibt dabei: Um künftige Krisen zu verhindern, ist es erforderlich, ihre Ursachen entschlossen und rasch zu bekämpfen. Es ist eine zwingende Forderung, dass die Bundesregierung umgehend, möglichst schon zum 1. Juli 2010, spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen und Leerverkäufe verbietet. Ebenso zwingend brauchen wir eine Regulierung des "Grauen Kapitalmarktes" sowie eine europäische Ratingagentur.

Jeder Fortschritt in der Krisenbekämpfung und -bewältigung wird nur erfolgreich und nachhaltig sein, wenn der Finanzsektor beteiligt und zur Verantwortung gezogen wird. Wir brauchen deshalb europaweit eine Finanztransaktionssteuer. Sie wird mittlerweile auch von wichtigen Teilen der deutschen Kreditwirtschaft (u.a. dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband) befürwortet.

Nur wenn wir da einen Schritt weiterkommen, ist eine Zustimmung zu dem Paket für mich denkbar.

Für heute herzliche Grüße von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries



Info-Ecke:

**Was ist eine
Enquete-Kommission?**

Seit 1969 kann das Parlament Enquete-Kommissionen einsetzen. Als quasi parlamentsinterne Politikberatung sammeln die Kommissionen Informationen über die Auswirkung von technischen, ökonomischen, ökologischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen, um dem Parlament künftige Regelungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Empfehlungen für politische Entscheidungen zu geben. Das Besondere einer Enquete ist die ständige Mitarbeit der Sachverständigen, die gleichberechtigte Mitglieder sind.

**Der Bundestag auf dem Weg ins digitale Zeitalter:
Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingerichtet**

Am 5. Mai hat sich im Deutschen Bundestag die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ konstituiert. 17 Bundestagsabgeordnete und 17 Sachverständige werden in den kommenden zwei Jahren intensiv darüber beraten, welchen Herausforderungen sich unsere Gesellschaft im digitalen Zeitalter stellen muss und welche Antworten wir von politischer Seite aus geben müssen. Das Arbeitsprogramm der Enquete umfasst Themen und Fragestellungen aus den Bereichen Kultur und Medien, Wirtschaft/Umwelt, Bildung und Forschung, Recht und Innen, Verbraucherschutz und Gesellschaft und Demokratie - ein umfangreiches Pensum, das wir uns vorgenommen haben. Wir werden diskutieren über eine Weiterentwicklung des Urheberrechts, die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz, den gleichberechtigten Zugang zum breitbandigen Internet, eine Stärkung der Medienkompetenz von Jung und Alt und über die soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt. Ich selbst bin in der Enquete stellvertretendes Mitglied und werde mich vor allem um die Themen Urheberrecht, IT-Sicherheit, Datenschutz und e-Partizipation kümmern.

Alle Mitglieder waren sich einig, dass es neben den 17 Sachverständigen einen 18. geben wird: Die Bevölkerung! Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, mitzudiskutieren und Vorschläge zu den verschiedenen Themen zu machen. Möglichkeiten gibt es dazu über den Blog der SPD-Fraktion (<http://blogs.spdfraktion.de>) oder über die Seite des Bundestages (<http://forum.bundestag.de/forum.php>).

Mein Kollege Lars Klingbeil hat im Fraktions-Blog bereits einen interessanten Artikel zum Thema Netzneutralität geschrieben - ein Thema, was uns in den kommenden Wochen sicher beschäftigen wird, da die Debatte aus den USA bereits seit einiger Zeit auch intensiv bei uns geführt wird. Auch ich werde mich in dem Blog zu dem einen oder anderen Thema äußern - es lohnt sich also, ab und zu vorbeizuschauen!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
aboutpixel.de / Andreas Morlok (S. 2)
aboutpixel.de / Thorwald Hoffmann (S. 3)
aboutpixel.de / regine schöttl (S. 4)

Roland Koch zeigt wahres Gesicht der Union: Sparen bei Bildung nicht ausgeschlossen!

Warnende Stimmen haben es vor der NRW-Wahl immer wieder gesagt: Nach der Wahl wird Schwarz-Gelb die Katze aus dem Sack lassen - und der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat dies mit seinen Äußerungen nun bestätigt: Die Union schreckt nicht einmal vor Kürzungen im Bildungsbereich und bei Familien zurück. Dabei ist es doch schon wie ein Mantra, was wir vor allem von der Kanzlerin immer wieder hören: Deutschland soll Bildungsrepublik werden. Leider passen die Worte hier nicht zu den Taten. Wenn die Bundeskanzlerin ihre eigene Rhetorik nicht selbst der Lächerlichkeit preisgeben will, dann muss sie dem Treiben ihrer Ministerpräsidenten sofort Einhalt gebieten.

Ich kann nicht verstehen, wie man ernsthaft vorschlagen kann, zur Konsolidierung der Haushalte bei Bildung und Betreuung zu sparen, denn es liegt doch auf der Hand: Was wir heute an unseren Kindern und deren Ausbildung sparen, müssen wir in ein paar Jahren doppelt und dreifach wieder an staatlichen Transfers zahlen - zum Beispiel, wenn schlecht ausgebildete junge Menschen keinen Arbeitsplatz finden. Betroffen von den Kürzungen wären vor allem die Menschen in den unteren Einkommensschichten und Familien mit Migrationshintergrund. Kinder aus diesen Familien haben in Deutschland nach wie vor schlechtere Bildungschancen. Deshalb ist schlechte Bildungspolitik immer auch schlechte Integrationspolitik!

In dieser Woche beraten wir im Deutschen Bundestag den Berufsbildungsbericht 2010, der verdeutlicht: Die Weichen für einen guten Bildungs-Start werden schon im frühen Kindesalter gestellt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir beim Ausbau der Kinderbetreuung vorankommen!

Immer wieder wird beklagt, dass Schüler angeblich die Voraussetzungen für eine Berufsausbildung nicht mitbringen. Daraus müssen wir richtigen Schlüsse ziehen, z.B. müssen Hauptschulen endlich abgeschafft und teure Übergangssysteme, in dem zahlreiche Jugendliche von Maßnahme zu Maßnahme wandern und in Wahrheit kaum eine Chance auf einen anerkannten Berufsabschluss haben, überprüft werden. Nur dann haben wir die Chance, tatsächlich „Bildungsrepublik“ zu werden.